

Beratungsergebnis zu Vorlage Nr. 50/001/2010/2

Kreistag am 22.03.2010

Zu Punkt 8:	Projekt ALTERnativen 60plus - Zufrieden älter werden im Kreis Mettmann - Abschlussbericht
--------------------	--

KA Stolz erläutert als Berichterstatteerin die wesentlichen Hintergründe der Vorlage sowie den Beratungsverlauf aus der Sitzung des Sozialausschusses.

Der vorliegende Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Beschluss:

Die Verwaltung wird aufgefordert, die im Abschlussbericht unter Punkt 7 dargestellten weiteren Schritte zur Ambulantisierung der Hilfe zur Pflege einzuleiten, insbesondere

- Die Arbeit für Menschen mit demenziellen Erkrankungen durch Kooperation fortzuführen
- Eine Verbesserung der Wohnsituation im häuslichen Umfeld durch geeignete Maßnahmen, auch in Kooperation mit Wohnungsbaugesellschaften anzustreben
- Die Schaffung weiterer Wohngemeinschaften für pflegebedürftige Menschen zu ermöglichen
- Das bürgerschaftliche Engagement im Kreis Mettmann weiter zu stärken
- Komplementären Diensten, die älteren Menschen den Verbleib in der Häuslichkeit erleichtern, mehr Geltung verschaffen
- Maßnahmen zu ergreifen und Initiativen zu stärken, die der Vereinsamung älterer Menschen entgegen wirken
- Die Neuausrichtung der Begegnungsstättenarbeit aktiv begleiten, kontrollieren und regelmäßig evaluieren

Ziel der Maßnahmen ist es, dazu beizutragen, dass ältere und pflegebedürftige Menschen möglichst lange zufrieden in ihrem bisherigen Wohnumfeld verweilen und dadurch die zu erwartenden Kostensteigerungen im Bereich der stationären Pflege und des Pflegewohnungsgeldes reduziert werden können.

- Die allgemeine Öffentlichkeitsarbeit in Bezug auf das Projekt wird intensiviert, beispielsweise durch den verbesserten Zugang zum Internetauftritt und weitere, frei zugängliche Medien des Kreises.
- Die Einrichtung einer Beratungshotline soll weiter geprüft werden. Es wird als Muster auf die Hotline des Kreises Neuss verwiesen.
- Die unterschiedliche Beratungsqualität der Pflege-Wohnberatung in den einzelnen Städten soll überprüft werden. Die Qualität und Wartezeit ist sehr unterschiedlich. Kommunen, die kein gutes Angebot bereithalten, sollten entsprechend beraten werden.
- Es sollte weiterhin geprüft werden, ob Maßnahmen erforderlich sind, die eine dauerhafte Heimunterbringung alleinlebender alter Menschen nach Krankenhausaufenthalten und nachfolgender zeitweiser Hilflosigkeit unterbinden können.

Die Verwaltung wird beauftragt, alle rechtlich zulässigen Möglichkeiten zu nutzen, um weitere Überkapazitäten in stationären Betreuungseinrichtungen zu verhindern. Hierzu sollen Gespräche mit den kreisangehörigen Städten, Investoren und beteiligten Dritten geführt werden. Auf die finanziellen Auswirkungen weiterer Überkapazitäten für den Kreishaushalt und die städtischen Haushalte sowie etwaige Steuerungsmöglichkeiten im Rahmen der Bauleitplanung soll hingewiesen werden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

*Das Beratungsergebnis aus den Sitzungen des Sozialausschusses bzw. des
Kreisausschusses finden Sie zu den Vorlagen 50/001/2010 bzw. 20/001/2010/1.*